

# **„Freiheit oder Sozialismus“ ? Gesellschaftliche Wertorientierungen, Staatszielvorstellungen und Ideologien im Ost-West-Vergleich.**

*Kai Arzheimer*

## **1. Einleitung, Problemstellung und theoretischer Bezugsrahmen**

Werte bzw. Wertorientierungen (zu denen in diesem Zusammenhang auch die Staatszielvorstellungen zu rechnen sind) und Ideologien zählen zu den wichtigsten Konzepten der politischen Kultur, wenn nicht sogar der Sozialforschung überhaupt. Allerdings ist dabei nicht immer vollständig klar, was überhaupt unter diesen Begriffen verstanden werden soll. Insbesondere im Fall der Werte hat die intensive Beschäftigung mit dem Konzept dazu geführt, daß sich in der ökonomischen, soziologischen und politikwissenschaftlichen Literatur eine übergroße Zahl von (einander teilweise widersprechenden) Bestimmungen des Begriffes findet (van Deth 1995): Schon vor mehr als 30 Jahren konnte Lautmann (1969) in einer systematischen Analyse der einschlägigen Literatur etwa 180 verschiedene Definitionen des Wertbegriffes nachweisen.

Dessen ungeachtet hat sich in der empirischen Werteforschung ein recht einfach nachvollziehbares Verständnis davon, was unter Werten verstanden werden soll, durchgesetzt (Maag 1991: 21-29). Nach dieser Vorstellung sind Werte „Konzeptionen des Wünschenswerten“ (Kluckhohn 1951: 395), d.h. normative Maßstäbe, anhand derer die gesellschaftliche Wirklichkeit beurteilt werden kann. Werte sind damit zunächst rein kulturelle Objekte.

Dementsprechend verfügt jede Gesellschaft über spezifische Vorstellungen davon, was gut und erstrebenswert ist, die nicht notwendigerweise mit den Werten anderer Gesellschaften übereinstimmen. Bedenkt man, daß sich Ost- und Westdeutschland rund vier Jahrzehnte lang getrennt voneinander entwickelt haben und die SED den erklärten Willen hatte, Staat und Gesellschaft gezielt umzugestalten<sup>1</sup>, sind allein deshalb substantielle Ost-West-Unterschiede zu erwarten.

Innerhalb moderner Gesellschaften lassen sich darüber hinaus persönliche, d.h. primär auf die private Lebensführung bezogene Werte von solchen Werten unterscheiden, die eine Idealvorstellung für eine ganze Gesellschaft formulieren. Letztere werden als gesellschaftliche oder gesellschaftspolitische Werte bezeichnet und stehen im Zentrum dieses Beitrags. Allerdings handelt es sich bei dieser Abgrenzung eher um eine heuristische Differenzierung als um eine strikte Dichotomie, da zwischen privater und gesellschaftlicher Sphäre auch in modernen Gesellschaften not-

---

<sup>1</sup> Siehe dazu etwa Präambel und Abschnitt I der DDR-Verfassung von 1974, die – viel stärker übrigens als die entsprechenden Passagen in der Verfassung von 1949 – auf die Ergebnisse der „sozialistischen Umwälzung“ und die Festigung der „sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung“ abheben.

wendigerweise Übergänge und Abhängigkeiten bestehen, etwa im Bereich von Erziehungswerten.

Die bloße Existenz von Werten auf der kulturellen Ebene kann das menschliche Handeln jedoch nicht direkt beeinflussen (grundlegend zu diesen Fragen Brody/Mutz/Snideman 1996). Schließlich ist es ohne weiteres möglich, daß einzelne Mitglieder einer Gesellschaft mit einem bestimmten Wert entweder gar nicht vertraut sind oder ihn zwar kennen, ihm aber ablehnend oder zumindest indifferent gegenüberstehen. Gerade für moderne Gesellschaften ist es charakteristisch, daß ihre Kultur eine Vielzahl von Werten beinhaltet, die häufig im Widerspruch zueinander stehen und von unterschiedlichen Gruppen in unterschiedlichem Umfang akzeptiert werden. Aus Sicht einer am methodologischen Individualismus orientierten Sozialwissenschaft ist es deshalb unabdingbar, zwischen Werten als kulturellen Objekten einerseits und den individuellen *Einstellungen* gegenüber diesen Werten andererseits zu unterscheiden. Letztere werden als *Wertorientierungen* bezeichnet und können in Bevölkerungsumfragen mit geeigneten Instrumenten erfaßt werden.

Obwohl in den Sozialwissenschaften über Messung, Dimensionen und den konzeptionellen Status von Einstellungen keineswegs Einigkeit herrscht, gehen die meisten Forscher davon aus, daß Einstellungen in den Köpfen der Bürger nicht einfach nebeneinander existieren, sondern ein – wenn auch unter Umständen widersprüchliches und nur rudimentär strukturiertes – System bilden, das in Anlehnung an Converse (1964) als Überzeugungssystem („belief system“) bezeichnet werden kann.<sup>2</sup>

Innerhalb solcher individueller Überzeugungssysteme nehmen Wertorientierungen aufgrund zweier Eigenschaften eine Sonderstellung ein: Erstens gelten Wertorientierungen als sehr stabil. Während objektspezifische Einstellungen sich relativ rasch wandeln können, gehen viele Sozialwissenschaftler davon aus, daß Wertorientierungen unter normalen Umständen ein Leben lang beibehalten werden, nachdem sie einmal erworben („internalisiert“) wurden.

Zweitens zeichnen sich Wertorientierungen dadurch aus, daß sie den gewöhnlichen Einstellungen konzeptuell und auch faktisch übergeordnet sind und diese strukturieren, indem sie als Maßstab zur Beurteilung bis dahin unbekannter Objekte dienen. Einer Vielzahl von Einstellungen gegenüber konkreten Objekten wie Parteien, Kandidaten oder Politikentwürfen steht deshalb eine geringe Zahl von eher abstrakten Wertorientierungen gegenüber (vgl. u.a. van Deth/Scarborough 1995: 41). Wertorientierungen sind deshalb im Sinne von Converse (1964: 208) *zentrale Einstellungen*. Zentralität im Sinne dieses klassischen Verständnisses bedeutet, daß neue Einstellungen, die sich auf Grund von neuen Erfahrungen mit bis dahin unbekanntem Objekten herausbilden und den eigenen Wertorientierungen widersprechen, in der Tendenz so umgeformt werden, daß der Widerspruch aufgehoben wird. Allein aus diesem Grund sind Wertorientierungen für die Politikwissenschaft von großem Interesse, da sie einen erheblichen Einfluß auf die Bewertung politischer Objekte und damit letztlich auch auf das politische Verhalten haben sollten.

Die Vorstellung, daß zur vollständigen Beschreibung einer Gesellschaft auch die Beschäftigung mit ihren Werten bzw. den Wertorientierungen ihrer Mitglieder

---

<sup>2</sup> Ähnliche Vorstellungen werden in der neueren Forschungsliteratur unter Rückgriff auf den Begriff des „Schemas“ diskutiert (kritisch dazu u.a. Kuklinski et al. 1991).

gehört, zieht sich deshalb seit der griechischen Antike durch die Geschichte des politischen Denkens, wurde jedoch erst durch die Beiträge der modernen Klassiker wie Weber, Parsons, Easton, Almond und Verba für die empirische Forschung handhabbar gemacht. Ihren eigentlichen Aufschwung nahm die politikwissenschaftliche Werteforschung dann im Anschluß an die Beiträge zum „postmaterialistischen“ bzw. „postmodernen“ Wertewandel, die Ronald Inglehart seit den frühen 1970er Jahren vorgelegt hat (Inglehart 1971, 1979, 1997).

Dabei blieben Ingleharts Thesen zu Ursachen, Verlauf und Messung des Wertewandels keineswegs unwidersprochen. Vielmehr ist die Kritik an Inglehart „zwischenzeitlich Legende“ (Bürklin et al. 1996: 534). Dennoch besteht Einigkeit darüber, dass es ohne die Diskussion über den postmaterialistischen Wertewandel wohl kaum zur Renaissance der politikwissenschaftlichen Werteforschung gekommen wäre.

Die Dominanz des Postmaterialismus-Konzeptes darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der Politikwissenschaft auch eine Reihe weiterer Werte bzw. Wertorientierungen von Bedeutung sind. An erster Stelle sind hier die Werte Gleichheit und Freiheit zu nennen, die sich aus zwei verschiedenen Traditionen des europäischen Denkens herleiten lassen (Sartori 1997: Kapitel 13.4-13.5) und in modernen Demokratien in einem prekären Spannungsverhältnis zueinander stehen.

Mit diesen recht abstrakten Werten korrelieren wiederum eine Reihe von spezifischeren Vorstellungen von der idealen Ordnung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Da es sich hier offensichtlich ebenfalls um kollektive „Konzeptionen des Wünschenswerten“ handelt, die von der Bewertung konkreter *policies* abgegrenzt werden können, erscheint es sinnvoll, diese *demokratischen Grundorientierungen und Staatszielvorstellungen* im Zusammenhang mit Wertorientierungen zu betrachten.

*Ideologische Einstellungen* sind ihrerseits eng mit Wertorientierungen und Staatszielvorstellungen verwandt. Sie dürfen nicht mit den „großen“ Ideologien wie Liberalismus, Kommunismus oder Anarchismus, die oft auf komplexen philosophischen Systemen aufruhen, gleichgesetzt werden, sondern beziehen sich in einem neutralen Sinne auf die häufig wenig elaborierten und reflektierten Systeme von allgemeinen politischen Überzeugungen, die jeder Bürger im Laufe seines Lebens erwirbt (klassisch Campbell et al. 1960: 192; zusammenfassend Freedon 2001 und Thompson 2001).

In Anlehnung an Downs (1957) können Ideologien als „superissues“ aufgefaßt werden, die die Haltung gegenüber einer ganzen Reihe konkreterer politischer Fragen vorstrukturieren. Aus dieser Perspektive sind Ideologien Heuristiken, die von Bürgern (aber unter Umständen auch Politikern!) eingesetzt werden, um die Komplexität des politischen Raumes zu reduzieren.

Zu den wichtigsten Elementen ideologischen Denkens gehört in Westeuropa die Links-Rechts-Dimension. Diese läßt sich ihrerseits wieder in (mindestens) zwei Unterdimensionen aufspalten: Die ökonomische Links-Rechts-Achse dient zur Beschreibung von *wirtschaftspolitischen* Idealvorstellungen und wird durch die Extrempole „kein Privateigentum an Produktionsmitteln“ und „reine Marktwirtschaft ohne Staatsinterventionen“ aufgespannt. Die gesellschaftspolitische Links-Rechts-Achse hingegen bezieht sich auf die inhaltlich heterogeneren Fragen, nach welchem

Modus gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen getroffen werden, welchen Gruppen Bürgerrechte zugesprochen werden und wie weit der Staat in das Privatleben der Bürger eingreifen darf. Ihre Endpole werden oft mit den Schlagworten „autoritär“ und „libertär“ bezeichnet (siehe dazu z.B. Kitschelt 1994: 8-12, ähnlich bereits Flanagan 1982). Eine ganze Reihe von international vergleichenden Studien zum politischen Wettbewerbsraum zeigen, daß sich mit Hilfe dieser geringen Zahl von ideologischen Dimensionen die große Mehrzahl der relevanten politischen Streitfragen und Konzepte, über die in den Staaten Westeuropas diskutiert wird, sinnvoll einordnen läßt (siehe zuletzt Warwick 2002).

Auf der Ebene der individuellen Überzeugungssysteme stellen ideologische Einstellungen das empirische Korrelat zu den (Ideal-)Punkten im politischen Wettbewerbsraum dar. Ähnlich wie bei den Wertorientierungen handelt es sich auch hier um zentrale Einstellungen, die relativ resistent gegen Veränderungen sind und die Ausprägung von Einstellungen gegenüber spezifischeren Objekten beeinflussen sollten.

Gemeinsam machen Wertorientierungen und ideologische Einstellungen einen großen Teil dessen aus, was als politische Kultur bezeichnet wird. Ihre Stabilität ist dafür verantwortlich, daß sich politische Kulturen zumeist nur sehr langsam wandeln. Ziel dieses Beitrages ist es, unter besonderer Berücksichtigung der Ost-West-Perspektive einen Überblick über die Entwicklung dieser Einstellungen zu geben

## **2. Deutschlands politische Kultur zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung**

In den alten Ländern hatte sich bis Mitte der 1970er Jahre eine stabile demokratische Kultur herausgebildet (Conrad 1980). Die Demokratie als Staatsidee war zu diesem Zeitpunkt fest in den Köpfen der Bürger verankert. Zugleich erreichte die konkrete Ausgestaltung dieser Idee in Gestalt der Bundesrepublik höchste Zustimmungsraten. Voraussetzung für diesen bemerkenswerten Wandel gegenüber der Zeit der Weimarer Republik, des „Dritten Reiches“ und der unmittelbaren Nachkriegszeit waren die ungeahnten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Erfolge des neuen Herrschaftssystems. Ein im europäischen Vergleich relativ hohes Niveau der Ausgaben des Staates, der für sich in Anspruch nahm, nachhaltig in die soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu intervenieren, wurde von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert und von keiner Partei grundsätzlich in Frage gestellt.

Relativ spät, dafür aber mit umso größerer Dynamik (Koopmans 1995) gewannen dann Ende der 1970er Jahre in der Bundesrepublik die aus den Nachbarländern bereits seit längerem bekannten „Neuen Sozialen Bewegungen“ (NSB) an Bedeutung, die für eine ganze Reihe von politischen Themen eintraten, die bis zu diesem Zeitpunkt von den etablierten politischen Kräften kaum berücksichtigt wurden (vor allem Umweltschutz). Diese Entwicklung steht ebenso wie die 1979/80 erfolgte Gründung der Grünen mit der von Inglehart konstatierten Aufwertung neuer politischer Ziele in Zusammenhang. Der Aufschwung der NSB und die Erfolge der Grünen waren aber nicht nur eine Folge der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, sondern wirkten ihrerseits wieder auf diese zurück, etwa durch das Medien- und das Bildungssystem.

Zugleich sanken seit Mitte der 70er Jahre in der alten Bundesrepublik auch die Erwartungen an den Staat etwas (vgl. Huseby 1995: 96-97). Insbesondere die Wirtschaftsförderung, die Kontrolle der Verbraucherpreise und die Verringerung von Einkommensunterschieden sollten nach Ansicht einer wachsenden Zahl Westdeutscher keine Ziele staatlichen Handelns mehr sein. Während die Bürger der alten Bundesrepublik mit ihren Erwartungen an den Staat noch Mitte der 70er zur europäischen Spitzengruppe gehörten, wiesen sie 1985 und 1990 über verschiedene mögliche Aufgabenfelder hinweg das niedrigste mittlere Erwartungsniveau in den von Huseby untersuchten europäischen Staaten auf.

Parallel dazu ist auf der Ebene der politischen Eliten ebenfalls ein Umschwung zu verzeichnen. In der FDP verlor die sozial-liberale Strömung, deren Einfluss sich im Freiburger Programm von 1971 so augenfällig gezeigt hatte, immer mehr an Boden. Auch in den Unionsparteien gewannen stärker marktwirtschaftlich orientierte Strömungen zeitweilig an Einfluss. Nicht umsonst forderte der neugewählte Kanzler Helmut Kohl in seiner ersten Regierungserklärung eine „Erneuerung: weg von mehr Staat, hin zu mehr Markt; weg von kollektiven Lasten, hin zur persönlichen Leistung; weg von verkrusteten Strukturen, hin zu mehr Beweglichkeit, Eigeninitiative und verstärkter Wettbewerbsfähigkeit“<sup>3</sup>. Realiter war im Zeitraum von 1983 bis 1990 zumindest ein (leichter) Rückgang der auf das Bruttoinlandsprodukt bezogenen Ausgaben der öffentlichen Hand zu verzeichnen.

In der DDR verlief die Entwicklung bekanntlich völlig anders. Auf die nationalsozialistische Willkürherrschaft folgte dort unmittelbar die „Diktatur des Proletariats“, d.h. konkret der SED. Obwohl während der 1960er das „Neue Ökonomische System“ den Betrieben mehr Freiheit gab und aus schierer wirtschaftlicher Notwendigkeit ein sehr beschränktes Maß an Privateigentum von Produktionsmitteln geduldet wurde,<sup>4</sup> nahm der Staat bzw. die SED doch stets für sich in Anspruch, die gesamte wirtschaftliche und soziale Entwicklung lenken zu können und zu wollen. Zugleich rückte die Partei von ihrer ursprünglichen Vorstellung, sich primär an den Notwendigkeiten des industriellen Wachstums zu orientieren ab, und legte unter dem Druck der Bevölkerung immer mehr Gewicht auf den privaten Konsum und auf sozialstaatliche Leistungen, die letztlich über Kredite und durch Aufzehren der Substanz finanziert wurden.

Im Zentrum des Lebens im „Arbeiter- und Bauernstaat“ stand bekanntermaßen die Erwerbsarbeit. Die (nominelle) Vollbeschäftigung der erwerbsfähigen Bevölkerung blieb stets das offizielle Ziel der SED und galt als eine der großen Errungenschaften im Kampf der Systeme; das Recht auf einen Arbeitsplatz wurde von den DDR-Verfassungen garantiert (Bouvier 2002: 117). Mit großem finanziellem und organisatorischem Aufwand wurden auch solche Menschen beschäftigt, die den Leistungsanforderungen nicht genügen konnten oder wollten (Sachse 2001: 171).

---

<sup>3</sup> Plenarprotokoll der 121. Sitzung des 9. Bundestages vom 13. Oktober 1992, Seite 7218.

<sup>4</sup> Wollé (1998: 195-196) nennt für den Beginn der 1970er Jahre eine Zahl von „rund 11.400 rein privat oder mit staatlicher Beteiligung geführter Betriebe mit bis zu 500 Beschäftigten“, die einen Anteil von „etwa 40 Prozent“ der Konsumgüterproduktion erwirtschafteten. Davon wurde ein großer Teil 1972 verstaatlicht. Am Ende der 1980er Jahre existierten laut Wollé noch rund 2.000 Betriebe, die etwa zwei Prozent der Erwerbsbevölkerung beschäftigten.

Faktisch traten dabei in vielen Fällen unproduktive Arbeitsverhältnisse an die Stelle der im Westen üblichen Transferzahlungen.

Daß zumindest dieser Aspekt des Systems von der Bevölkerung in einem gewissen Umfang akzeptiert wurde, zeigt sich an den aus heutiger Sicht höchst bemerkenswerten Quellenbelegen dafür, daß das Recht auf einen Arbeitsplatz (das im Rahmen der „gesellschaftlichen Erfordernisse und der persönlichen Qualifikation“, so Artikel 24 der Verfassung von 1974, auch das Recht auf dessen freie Wahl beinhaltete) im Falle von Entlassungen, aber auch von internen Umsetzungen und Rationalisierungsmaßnahmen mit erstaunlicher Vehemenz eingefordert wurde (Bouvier 2002: 131-135). Strukturanpassungen, über deren Notwendigkeit sich auch die Herrschenden im klaren waren, wurden dadurch weiter erschwert. Dies trug wiederum mit dazu bei, daß es zu einer „paradox erscheinenden Koexistenz von Arbeitskräftemangel und versteckter Arbeitslosigkeit [durch Unterbeschäftigung in vielen Betrieben]“ kam (Bouvier 2002: 151).

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: Ein großer Teil der Sozialleistungen war an die Zugehörigkeit zum Betrieb gekoppelt (Bouvier 2002: Kapitel 4.3). Besonders die großen Kombinate verfügten neben Werksküchen auch über eigenen Kindergärten und -krippen, Schulen, medizinische Einrichtungen, Sport- und Kulturstätten und sogar Ferienanlagen (Schmitt 2004: 40-41). Diese und andere staatliche bzw. volkseigene Einrichtungen und Leistungen standen den Bürgern kostenlos oder gegen in Relation zu den tatsächlichen Aufwendungen sehr geringe Gebühren zur Verfügung. In offiziellen Verlautbarungen sprach man in diesem Zusammenhang deshalb mit einer gewissen Berechtigung von einer „zweiten Lohntüte“ (Manz 2001: 184). Diese Bezeichnung war insofern korrekt, als die Sozialleistungen in der DDR letztlich (auch) durch niedrige Löhne finanziert wurden, verschleiert aber einen wesentlichen Punkt: Die Verwendung dieses Teils ihres Einkommens konnten die Bürger weder individuell noch kollektiv kontrollieren. Ironischerweise korrespondierte mit dieser immensen Bevormundung durch Staat und Partei ein hohes Maß an erzwungener Partizipation in den Betrieben und Massenorganisationen, die jedoch stets nur die vorab beschlossenen Resultate erbringen konnte, da letztlich alle Entscheidungsträger den Parteinstanzen unterstanden (Wolle 1998: 98). Daß die sehr unterschiedlichen politischen Erfahrungen in beiden Teilen Deutschlands das politische Denken der Bürger in irgendeiner Form geprägt haben müssen, scheint offensichtlich zu sein.

### **3. Die Entwicklung seit der Wiedervereinigung**

In der Literatur haben sich einige Bezeichnungen eingebürgert, die die konkurrierenden Annahmen über die politischen Einstellungen und Handlungsweisen der Ostdeutschen nach der Wiedervereinigung in pointierter Form zusammenfassen. In den frühen 1990er Jahren dominierte zunächst die „*Konservierungshypothese*“, die besagte, daß sich in der DDR Wertorientierungen, Verhaltensmuster und Mentalitäten aus der Kriegs- und Nachkriegszeit erhalten hätten. Diese Hypothese stützte sich weniger auf theoretische Überlegungen als vielmehr auf die ersten Ergebnisse der Umfragenforschung aus der Wende- und unmittelbaren Nachwende-Zeit. Hier zeigten

sich die Ostdeutschen als deutlich traditioneller und autoritärer; sie befürworteten sehr viel stärker das Leistungsprinzip und waren in ihren Wertorientierungen deutlich materialistischer als die Westdeutschen (Bauer 1991b; Gluchowski/Zelle 1992). Dies verleitete einige Autoren zu dem – im Rückblick voreiligen – Schluß, die Bürgerinnen und Bürger in den fünf neuen Ländern seien gewissermaßen in ihrer Mentalitätsentwicklung auf dem Stand der 50er Jahre „stehengeblieben“. Daß die Bürgerinnen und Bürger aus der ehemaligen DDR gleichzeitig deutlich demokratischer eingestellt waren als die Westdeutschen, insbesondere was die „Akzeptanz der Konfliktdimension im demokratischen Prozeß“ (Bauer 1991a: 122) angeht, paßte aber schon damals nicht zu dieser Interpretation.

Zudem ging in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern die Befürwortung des Leistungsprinzips und der Marktwirtschaft sehr schnell auf das Westniveau zurück und sank sogar noch leicht unter dieses ab (Arzheimer/Klein 1997: 49). Gleichzeitig zeigte sich ein deutlich höheres Ausmaß an Verantwortungszuschreibung an den Staat sowie eine deutlich höhere Bedeutung des Wertes der sozialen Gleichheit (Jagodzinski/Kühnel 1997, Roller 1997). Rückblickend bezweifelte man nun, ob die Umfragezahlen aus den Jahren 1989/90 wirklich als valide „Nullmessungen“ der politischen Orientierungen der Ostdeutschen interpretiert werden konnten. Vielmehr dürfte die besondere Situation der Wendezeit, die Marktwirtschaftseuphorie, die Nicht-Vertrautheit der Ostdeutschen mit dem Instrumentarium der Umfrageforschung sowie die wahrscheinlich starken Effekte der sozialen Erwünschtheit dafür verantwortlich sein, daß die Ergebnisse der ersten Umfragen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nicht die „wahre“ Meinungsverteilung widerspiegeln (Westle 1994: 573).

Angesichts dieser neueren Umfrageergebnisse erschien auch die vor allem von Helmut Klages und Thomas Gensicke vertretene *Kongruenzhypothese* zusehends unplausibler. Diese besagte im wesentlichen, daß zwischen den gesellschaftspolitischen Wertorientierungen von Ost- und Westdeutschen keine gravierenden Unterschiede bestünden (Klages/Gensicke 1992, 1993). Klages und Gensicke stützten sich dabei auf die Annahme, daß es in Ostdeutschland zu ähnlichen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen gekommen sei wie in Westdeutschland, die durch die Schlagworte Tertiarisierung der Wirtschaft, Wandel der Berufsstruktur, Bildungsexpansion, Verstädterung, (relativer) Massenwohlstand und zunehmende Freizeit beschrieben werden können (Gensicke 1992a,b). Infolgedessen sollte sich auch dort ein Wandel von Pflicht- und Akzeptanz- zu Selbstentfaltungswerten vollzogen haben, der letztlich sogar für die friedliche Revolution von 1989 verantwortlich sei.

Tatsächlich zeigten die empirischen Untersuchungen jedoch immer deutlicher, daß sich in den neuen Ländern zwar ein Wertewandel vollzogen haben mußte, von einer „Konservierung der Nachkriegsverhältnisse“ also keinesfalls die Rede sein konnte. Zugleich häuften sich jedoch die Hinweise auf einige unübersehbare Besonderheiten in der politischen Kultur der neuen Bundesländer, so daß die Kongruenzhypothese ebenfalls rasch als widerlegt werden konnte. Die Vermutung, daß die Lebensverhältnisse in der DDR die politischen Einstellungen der Ostdeutschen im Sinne einer eigenen politischen Kultur geprägt haben und bis heute prägen, wird in der Literatur häufig als *Sozialisationshypothese* bezeichnet und dominiert derzeit in der Forschungsliteratur.

Hinter diesen drei Hypothesen über die Entwicklung auf der Makro-Ebene steht letztlich eine gemeinsame Mikro-Annahme, die in der klassischen politischen Soziologie fast als ein Axiom angesehen wird: Die Vorstellung, daß politische Einstellungen im allgemeinen und Wertorientierungen bzw. ideologische Orientierungen im besonderen während einer „formativen Phase“ in Kindheit, Jugend und frühem Erwachsenenalter geprägt werden und sich im Laufe des weiteren Lebens kaum noch verändern (für einen Überblick über diese traditionelle Sicht siehe Almond/Verba 1996, für eine kritische Darstellung Sapiro 2004).

In der Werteforschung wird diese Überbetonung der formativen Phase gegenüber anderen Einflüssen, denen das Individuum im Lebensverlauf ausgesetzt ist, schon seit längerer Zeit kritisiert (Bürklin et al. 1994: 582-585). Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß Sozialisation ein lebenslanger Prozeß ist, und daß sich grundlegende Überzeugungen insbesondere durch einschneidende Ereignisse wie den Fall des eisernen Vorhangs und die Erfahrungen der friedlichen Revolution auch in späteren Lebensphasen ändern können. Als vielleicht noch wichtiger als solche epochalen Zäsuren kann sich überdies eine graduelle, aber dauerhafte Veränderung der alltäglichen Lebensumstände erweisen. Gerade mit Blick auf die neuen Länder wird in der Literatur deshalb seit einiger Zeit daraufhingewiesen, daß die eklatanten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen nicht (nur) auf eine unterschiedliche Sozialisation, sondern auch auf die nach wie vor sehr unterschiedlichen Lebensverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands zurückgehen dürften (siehe z.B. Pollack/Pickel 1998, Meulemann 2002). In Anlehnung an die oben vorgestellten Begriffe kann diese Vermutung als *Situationshypothese* bezeichnet werden.

Angesichts der dramatischen ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland erscheint die Vorstellung, daß situative Einflüsse ebenfalls einen Effekt auf die grundlegenden politischen Orientierungen haben sollten, weitaus plausibler als die Annahme, daß diese mit dem Erreichen des 20. oder 25. Lebensjahres gleichsam eingefroren werden und sich von da an nicht mehr verändern. Zudem lenkt die Situationshypothese den Blick auf die alten Bundesländer, die in der Diskussion um die Folgen der Einheit häufig vergessen werden. Auch dort haben sich aber im Gefolge der Wiedervereinigung die Lebensumstände mehr oder minder deutlich verändert: die Arbeitslosigkeit und vor allem das Gefühl, von Arbeitslosigkeit bedroht zu sein, haben erheblich zugenommen, die Wirtschaft entwickelt sich schwach, und die staatlichen Leistungen werden reduziert, während gleichzeitig die Verschuldung der öffentlichen Hand unaufhaltsam zu wachsen scheint. All dies dürfte mittelfristig dazu führen, daß auch im Westen der Bundesrepublik die grundlegenden politischen Einstellungen nicht völlig stabil bleiben.

Welche individuellen und kollektiven Entwicklungen sind nun vor dem Hintergrund von Sozialisations- und Situationshypothese zu erwarten? Wenn die *Sozialisationshypothese* in ihrer reinen Form zuträfe, dann dürften sich auf der Individual-ebene keinerlei Veränderungen zeigen, d.h. die 1994 gemessenen Einstellungen sollten bei solchen Befragten, die zum Zeitpunkt der ersten Panelwelle ihre formative Phase abgeschlossen hatten, während der folgenden acht Jahre konstant bleiben. Allerdings ist bei sozialwissenschaftlichen Untersuchungen stets mit (idealerweise zufälligen) Meßfehlern zu rechnen. Zudem würden selbst die exponiertesten Vertreter der Sozialisationshypothese spätere Veränderungen nicht gänzlich ausschließen.



Deshalb ist auch bei Gültigkeit der Sozialisationshypothese mit kleineren und unsystematischen Schwankungen auf der Individualebene zu rechnen.

Dies gilt im großen und ganzen auch für die Makroebene, da sich der Anteil der zwischen 1940 und 1970 geborenen Bürger an der Bevölkerung, also der Personen-Gruppe, die ihre formative Phase (fast) ausschließlich in der BRD bzw. der DDR erlebt hat, seit der Wiedervereinigung kaum verändert hat.<sup>5</sup> Eine Annäherung zwischen Ost und West dürfte sich nach dieser Vorstellung nur bei der jüngeren Generation zeigen, da diese unter ähnliche(re)n, Bedingungen sozialisiert wurde. Allerdings ist zu bedenken, daß schon aufgrund des Einflusses der Eltern- und Großeltern-Generationen die Sozialisationsbedingungen in Ost- und Westdeutschland auch heute keineswegs identisch sind.

Bei Gültigkeit der *Situationshypothese* ist allerdings paradoxerweise zunächst ein ähnlich konstantes Bild zu erwarten, da sich an den 1994 bestehenden Unterschieden zwischen den Lebensverhältnissen in Ost- und Westdeutschland nichts wesentliches mehr geändert hat. Allerdings besteht hier die Möglichkeit, daß infolge der andauernden Wirtschaftskrise die Befürwortung sozialistischer Konzepte in einer oder in beiden Regionen über die Zeit zugenommen haben könnte. Zudem müßten sich die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland abschwächen, sobald in den Analysen Indikatoren für die *individuelle* Situation berücksichtigt werden.

## 4. Ergebnisse

### 4.1 Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen im Zeitverlauf

Angesichts der teils beträchtlichen Einstellungsunterschiede, die sich zu Beginn der 1990er Jahre zwischen Ost- und Westdeutschen zeigten, stellt sich in diesem Beitrag primär die Frage, ob sich innerhalb des Untersuchungszeitraums Anzeichen für eine Annäherung bzw. für ein weiteres Auseinanderdriften beider Teile Deutschlands finden lassen. Ziel dieses Abschnitts ist es deshalb, die Entwicklung der Einstellungen auf der Aggregat- und – soweit möglich – auf der Individualebene zu skizzieren.

Innerhalb des Komplexes „Gesellschaftliche Wertorientierungen, Staatszielvorstellungen und Ideologien“ nehmen die demokratischen Werte eine zentrale Stellung ein. Da den demokratischen Orientierungen in diesem Band aber ein eigenes Kapitel gewidmet ist, genügt es an dieser Stelle, auf den entsprechenden Beitrag von Kerstin Völkl hinzuweisen.

Die übrigen Einstellungen werden aus Gründen der Übersichtlichkeit in drei großen Blöcken präsentiert: Der folgende Abschnitt 4.1.1 befaßt sich zunächst mit den Vorstellungen der Bürger von einer idealen Wirtschafts- und Sozialordnungen sowie den relativ konkreten Vorstellungen darüber, für welche Aufgabenfelder der Staat verantwortlich sein soll. Im Anschluß daran wird in Abschnitt 4.1.2 die ver-

---

<sup>5</sup> 1990 lag dieser Wert bei 44.4 (Statistisches Bundesamt 1992: 65), 2002 bei 43.4 (Statistisches Bundesamt 2004: 42) Prozent.

gleichsweise stark generalisierte Links-Rechts-Selbsteinstufung der Befragten analysiert. Abschnitt 4.1.3 schließlich ist ganz dem Inglehart-Index gewidmet, der trotz aller Probleme nach wie vor als das wichtigste Instrument zur Messung von gesellschaftlichen Wertorientierungen gelten muß.

#### 4.1.1 Staatsziele, Wirtschafts- und Sozialordnung

Ein erster Indikator, der in diesem Abschnitt betrachtet werden soll, ist die Befürwortung des Leistungsprinzips. Diese wurde erhoben, indem die Befragten aufgefordert wurden, eine Reihe von Prinzipien,<sup>6</sup> die in einer idealen Gesellschaft gelten können, in eine Rangfolge zu bringen. Der Zusammenhang zwischen dem theoretischen Konzept der gesellschaftlichen Werte und dessen meßtechnischer Umsetzung ist deshalb bei dieser Operationalisierung besonders gut zu erkennen.

Tabelle 1: Befürwortung des Leistungsprinzips

	ABL		NBL		
	1994	1998	1994	2002	
Mittelwert		3.42	3.45	3.30	3.43
Stdabw.		1.58	1.62	1.57	1.6
Eta		.01		.06	
N		2113	2090	1028	1013

6-er Skala von 'am wichtigsten' (1) bis 'am unwichtigsten' (6)

Anmerkung: Trafo-Querschnitt-Datensatz, gewichtet mit vggges

Tabelle 1 zeigt, daß sich der mittlere Rangplatz des Leistungsprinzips seit Ende der 1990er Jahre praktisch nicht verändert hat.<sup>7</sup> Der damalige Befund von Arzheimer und Klein (2000: 377), daß sich Ost- und Westdeutsche in dieser Hinsicht praktisch nicht unterscheiden – in beiden Regionen nimmt das Leistungsprinzip im Durchschnitt eine Position im Mittelfeld ein – gilt auch am Beginn des neuen Jahrhunderts. Hinter dieser fast völlig konstanten Einstellung zum Leistungsprinzip könnten sich allerdings prinzipiell größere Verschiebungen auf der Individualebene verbergen. Da der Indikator aber nicht in den Panel-Teil des Projekts aufgenommen wurde, läßt sich diese Vermutung nicht überprüfen.

Tabelle 2: Bewertung der Einkommensverteilung in der DDR

<sup>6</sup> Bei den übrigen Vignetten, die zur Bewertung vorgelegt wurden, handelt es sich um „eine Gesellschaft in der Bewährtes geschätzt und geachtet wird“, „eine Gesellschaft in der die Bürger an allen Entscheidungen beteiligt sind“, „eine Gesellschaft in der Recht und Gesetz geachtet werden“, „eine Gesellschaft in der man offen ist für neue Ideen und geistigen Wandel“ und „eine Gesellschaft in der der Mensch mehr zählt als Geld“. Da sich die politische Diskussion auf den Status des Leistungsprinzips konzentriert, kann an dieser Stelle auf eine Analyse der übrigen Rangplätze verzichtet werden.

<sup>7</sup> Für das Jahr 1994 stehen leider keine entsprechenden Vergleichswerte zur Verfügung.

„Freiheit oder Sozialismus“ ? Gesellschaftliche Wertorientierungen, Staatszielvorstellungen und Ideologien im Ost-West-Vergleich. 11

	ABL			NBL		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002
Mittelwert					2.69	2.58
Stdabw.					1.07	1.06
Eta					.05	
N					1004	874

5-er Skala von 'viel besser' (1) bis 'viel schlechter' (5)

Anmerkung: Trafo-Querschnitt-Datensatz, gewichtet mit vggges

Für das Jahr 1998 konnten Arzheimer und Klein zeigen, daß die Ostdeutschen trotz der vergleichsweise positiven Bewertung des Leistungsprinzips mit seinen Auswirkungen nicht gänzlich einverstanden waren, da sie die stärker egalitäre Einkommensverteilung in der früheren DDR vergleichsweise positiv bewerteten. Damals gab rund die Hälfte der befragten Bürger aus den neuen Ländern an, die Einkommensverteilung vor der Wiedervereinigung sei „besser“ oder „viel besser“ gewesen, was einem Mittelwert von rund 2.7 Punkten entspricht. Tabelle 2 zeigt, daß es auch hier nur zu minimalen Verschiebungen gekommen ist: Die frühere Einkommensverteilung wird nun im Durchschnitt nochmals um rund einen Zehntelpunkt besser beurteilt als vier Jahre zuvor. An dem sehr geringen Eta-Wert läßt sich ablesen, daß die substantielle Bedeutung dieser Veränderung zu vernachlässigen ist.

Im Falle dieses Indikators stehen zwei Panelwellen zur Verfügung, so daß auch individuelle Veränderungen analysiert werden können. Aus Tabelle 3 ist ersichtlich, daß etwa ein Drittel der Bürger, die sowohl 1998 als auch 2002 befragt wurden, in exakt gleicher Weise geantwortet haben. Eine geringfügig kleinere Gruppe bewertet die Einkommensverteilung in der DDR heute negativer, eine entsprechend etwas größere Gruppe hingegen noch positiver.

Tabelle 3: Bewertung der Einkommensverteilung in der DDR

	ABL			NBL		
	1994/ 1998	1998/ 2002	1994- 2002	1994/ 1998	1998/ 2002	1994- 2002
Stabil					34	
Zunahme					31	
Abnahme					36	
Diskontinuität						
N					1240	

5-er Skala von 'viel besser' (1) bis 'viel schlechter' (5)

Anmerkung: Trafo-Panel-Datensatz, gewichtet mit cgges. Das Item wurde 1994 nicht erhoben

Dies deutet stark darauf hin, daß die DDR in dieser Hinsicht von den Ostdeutschen zwar generell erstaunlich positiv bewertet wird. Diese Bewertungen scheinen auf der Individualebene aber zumindest in der Interviewsituation relativ leicht durch kurzfristige Einflüsse veränderbar zu sein. Dabei ist allerdings zu beachten, daß sich das Antwortverhalten oft nur um einen einzigen Skalenpunkt ändert. Betrachtet man nur

die *Tendenz* der Antworten (zustimmend/neutral/ablehnend) ergibt sich eine etwas höhere Stabilitätsrate von rund 47 Prozent (nicht tabellarisch ausgewiesen). Dies gilt sinngemäß auch für die übrigen Ergebnisse, die in diesem Beitrag vorgestellt werden.

Tabelle 4: Sozialismus gute Staatsidee

	ABL			NBL		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002
Mittelwert	2.52	2.49	2.42	3.67	3.65	3.51
Stdabw	1.28	1.3	1.25	1.3	1.17	1.15
Eta		.06			.04	
N	1870	2070	1997	1981	1057	1025

5-er Skala von 'stimme überhaupt nicht zu' (1) bis 'stimme voll und ganz zu' (5)

Anmerkung: Trafo-Querschnitt-Datensatz, gewichtet mit vggcs

Mit dem Statement „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde“ enthält der Fragebogen ein weiteres Item, das direkt auf die Orientierungen zur Wirtschafts- und Sozialordnung zielt. Ähnlich wie bei der Frage nach der Idee der Demokratie steht hier nicht die *Praxis*, sondern das *Prinzip* des Ordnungsmodells im Vordergrund. Zudem zielt dieser Indikator im Unterschied zur Frage nach der Einkommensverteilung auf stärker generalisierte Orientierungen.

Tabelle 4 zeigt zunächst wieder den Trend auf der Aggregatebene. Sowohl im Osten als auch im Westen Deutschlands nimmt die Befürwortung des Sozialismus marginal, nämlich um ein bzw. zwei Zehntel eines Skalenpunktes ab. Auch hier läßt sich an den Eta-Werten ablesen, daß die substantielle Bedeutung dieser Veränderungen praktisch gleich null ist. Dementsprechend bleibt die dramatische Kluft von 1.1 Skalenpunkten zwischen Ost- und Westdeutschen während des gesamten Untersuchungszeitraums erhalten.

Betrachtet man hingegen die Entwicklungen auf der Individualebene, so zeigen sich auch hier wieder Fluktuationen, die zunächst verblüffend erscheinen: Während der Zeiträume von 1994-1998 bzw. von 1994-2002 haben in beiden Regionen nur jeweils rund ein Drittel der Befragten ihre Einstellung gegenüber der Staatsidee des Sozialismus beibehalten; im Drei-Wellen-Vergleich gaben sogar nur 11 bzw. 16 Prozent der Bürger identische Antworten. In beiden Teilen Deutschlands stellen die Personen mit „diskontinuierlichen“ Einstellungen, die im Laufe des Untersuchungszeitraums in unterschiedliche Richtungen schwankten, mit 36 bzw. 35 Prozent die größte Gruppe dar.

Tabelle 5: Sozialismus gute Staatsidee

	ABL		NBL		
	1994/ 1998	1998/ 2002	1994- 2002	1994/ 1998	1994- 2002

„Freiheit oder Sozialismus“ ?	Gesellschaftliche		Wertorientierungen,			
Staatszielvorstellungen und Ideologien im Ost-West-Vergleich.					13	
Stabil	31	32	11	33	36	16
Zunahme	38	33	28	35	30	24
Abnahme	31	35	25	33	34	25
Diskontinuität			36			35
N	772	1469	501	1150	1360	749

5-er Skala von 'stimme überhaupt nicht zu' (1) bis 'stimme voll und ganz zu' (5)

Anmerkung: Trafo-Panel-Datensatz, 1994/1998 gewichtet mit bgges, 1998/2002 und 1994-2002 gewichtet mit cgges

Während sich solche Fluktuationen im Osten Deutschlands möglicherweise als Folge des nach wie vor nicht völlig abgeschlossenen Transformationsprozesses interpretieren ließen, erscheinen die fast identischen Werte im Westen angesichts der Tatsache, daß es sich hier eigentlich um eine langfristig stabile Einstellung handeln müßte, als ungewöhnlich hoch.<sup>8</sup>

In der empirischen Sozialforschung ist dieses Phänomen der (relativen) Aggregatstabilität bei gleichzeitiger (relativer) individueller Instabilität, für das Max Kaase (1986) den Begriff des „Mikro-Makro-Puzzles“ geprägt hat, seit langem bekannt (Converse 1964). Eine Reihe von möglichen Erklärungen dafür liegt auf der Hand. Eine radikale, ursprünglich von Converse vertretene und später von Zaller (1992) abgemilderte und modifizierte Position besagt, daß die große Mehrheit der Bürger zu vielen politischen Fragen gar keine echte Meinung habe. Angesichts der beträchtlichen Ost-West-Unterschiede und der Bedeutung, die die eigene Haltung zum Sozialismus zumindest für die große Mehrzahl der Ostdeutschen hat, scheint diese Interpretation allerdings wenig plausibel.

Überzeugender ist hier das Argument, daß sozialwissenschaftliche Messungen stets mit einem zufälligen Fehler behaftet sind, idealerweise auf einer großen Stichprobe von Indikatoren basieren sollten und schon deshalb für die Meßwerte eines einzelnen Items in einem Panel keine perfekte Stabilität zu erwarten ist. Auf einen mit diesem Argument verwandten Punkt wurde bereits oben hingewiesen: Die Größenordnung der in Tabelle 5 ausgewiesenen Veränderungen ist in vielen Fällen trivial. So veränderte sich von 1994 bis 1998 bei 32 Prozent der Westdeutschen und 39 Prozent der Ostdeutschen das Antwortverhalten um lediglich einen Prozentpunkt; zwischen 1998 und 2002 waren bei 36 Prozent der Befragten im Westen und bei 39 Prozent der Bürger aus den neuen Ländern Veränderungen in dieser Größenordnung zu beobachten. Diese Verteilung ist auch für einen Teil des „diskontinuierlichen“ Antwortverhaltens verantwortlich, da einige Bürger 1998 von ihrer 1994 gegebenen Antwort um einen Punkt abgewichen sind und 2002 zu ihrem ursprünglichen Antwortverhalten zurückkehrten. Würde statt des Anteils der Bürger mit einem absolut stabilen Antwortverhalten der Prozentsatz der „quasistabilen“ Antworten ausgewiesen, ergäbe sich ein ganz anderes Bild: Mehr als zwei Drittel der Bürger in beiden Teilen Deutschlands beantworten das Item zur Bewertung des Sozialismus über einen Zeitraum von jeweils vier Jahren hinweg praktisch unverändert.

Aus der Differenz zwischen „stimme voll zu“ und „stimme zu“ bzw. „lehne ab“ und „lehne stark ab“ auf die völlige Instabilität von grundlegenden Überzeugungen

<sup>8</sup> Eine mögliche Erklärung könnte darin liegen, daß der Sozialismus für die meisten Westdeutschen ein Bewertungsobjekt mit geringer Salienz sein dürfte.

schließen zu wollen, erscheint deshalb wenig plausibel. Andererseits läßt sich die Wahl eines Schwellenwertes, von dem an eine Veränderung als „real“ betrachtet werden könnte, inhaltlich kaum begründen. Deshalb und um der Einheitlichkeit der Darstellung willen werden hier und in den folgenden Tabellen nur die absoluten Stabilitätsraten ausgewiesen, die eine eher konservative Schätzung für die tatsächliche Dauerhaftigkeit der Wertorientierungen darstellen.

Tabelle 6: Staat verantwortlich für Unterstützung der Wirtschaft bei neuen Technologien

	ABL		NBL			
	1994	1998	2002	1994	1998	2002
Mittelwert		1.86			1.72	
Stdabw.		.74			.73	
Eta						
N		2158			1064	

4-er Skala von 'auf jeden Fall verantwortlich' (1) bis 'auf keinen Fall verantwortlich' (4)

Anmerkung: Trafo-Querschnitt-Datensatz, gewichtet mit vggges

Deutliche, wenn auch insgesamt etwas schwächer ausgeprägte Ost-West-Unterschiede sind nicht nur bei der Bewertung der abstrakten Idee des Sozialismus, sondern auch bei der Einschätzung dessen, was Aufgabe des Staates ist bzw. sein soll zu erkennen. Der Datensatz enthält zu diesem Thema drei Indikatoren, die aus dem Frageprogramm des ISSP (Role of Government I-III) übernommen wurden.

Vergleichsweise moderate Differenzen zwischen alten und neuen Ländern bestehen dabei hinsichtlich der Frage, ob der Staat die Industrie bei der Förderung von neuen Technologien und Produkten unterstützen sollte (Tabelle 6). Erwartungsgemäß sind die Erwartungen der Ostdeutschen an den Staat etwas höher. Daß die Unterschiede insgesamt aber relativ schwach ausgeprägt sind, erklärt sich vermutlich daraus, daß die Salienz dieser Frage in den Augen der meisten Bürger gering sein dürfte.

Tabelle 7: Staat verantwortlich für Gleichstellung der Frau

	ABL		NBL			
	1994	1998	2002	1994	1998	2002
Mittelwert		1.82			1.56	
Stdabw.		.8			.72	
Eta						
N		2161			1093	

4-er Skala von 'auf jeden Fall verantwortlich' (1) bis 'auf keinen Fall verantwortlich' (4)

Anmerkung: Trafo-Querschnitt-Datensatz, gewichtet mit vggges

Dramatischere Differenzen zeigen sich bei hingegen bei der Verantwortung für die Gleichstellung von Frauen. Die Zustimmung zur Aussage, daß dies eine staatli-

che Aufgabe sei, ist im Osten um rund 0.3 Skaleneinheiten höher (vgl. Tabelle 7). Da die Skala insgesamt nur vier Antwortvorgaben umfaßt, ist dies ein erheblicher Unterschied, der sich vermutlich auf die (offiziellen) frauenpolitischen Positionen der SED und vor allem auf die in der DDR – verglichen mit der Bundesrepublik – sehr hohe Frauenerwerbsquote zurückführen läßt. Die Präsenz der Frauen im Erwerbsleben dürfte einerseits im Sinne eines tertiären Sozialisationsprozesses das Weltbild und damit die Wertorientierungen von Frauen und Männern verändert haben. Andererseits haben Frauen ebenso wie deren Familienangehörige nach dem Zusammenbruch des staatlichen bzw. halbstaatlichen Systems der Kinderbetreuung, das die Voraussetzung für diese auch im internationalen Vergleich sehr hohe Frauenerwerbsquote darstellte, sicher auch ein ökonomisch begründetes Interesse an frauenpolitischen Fragen. Allerdings sollte der Hinweis auf die Ost-West-Unterschiede nicht darüber hinwegtäuschen, daß bei diesem Thema auch in den alten Bundesländern eine breite Mehrheit von annähernd 90 Prozent den Staat in der Verantwortung sieht.

Noch etwas stärkere Unterschiede bestehen schließlich erwartungsgemäß beim Thema Arbeitsmarktpolitik (Tabelle 8). Der sehr weitgehenden Forderung, der Staat solle „einen Arbeitsplatz für jeden bereitstellen, der arbeiten will“, also notfalls umfangreiche Beschäftigungsprogramme auflegen, findet bereits in den alten Ländern erstaunlich große Zustimmung, die im Gebiet der früheren DDR aber nochmals übertroffen wird. Neben der Sozialisation in einem Staat, der die Erwerbsarbeit zum Leitwert erhoben hatte und sich selbst zu einem erheblichen Teil dadurch definierte, daß er steuernd in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eingriff, dürften dabei situationale Einflüsse sicherlich eine Rolle spielen.

Tabelle 8: Staat verantwortlich für Vollbeschäftigung

	ABL		NBL			
	1994	1998	2002	1994	1998	2002
Mittelwert		1.71			1.41	
Stdabw.		.72			.61	
Eta						
N		2196			1103	

4-er Skala von 'auf jeden Fall verantwortlich' (1) bis 'auf keinen Fall verantwortlich' (4)

Anmerkung: Trafo-Querschnitt-Datensatz, gewichtet mit vggas

Bedauerlicherweise waren gerade diese drei Indikatoren, aus denen sich wichtige Schlüsse über den Stand der deutschen Einheit ziehen lassen, nur 1998 Bestandteil des Projektes. Deshalb lassen sich die weiteren Entwicklungen seit Ende der 1990er Jahre weder auf der Aggregat- noch auf der Individualebene nachvollziehen.

#### 4.1.2 Ideologische Orientierungen

Die so genannte Links-Rechts-Selbsteinstufung ist das wichtigste Instrument zur Messung ideologischer Orientierungen. Von den bisher diskutierten Indikatoren

unterscheidet sich die Links-Rechts-Selbsteinstufung dadurch, daß sie den Befragten in der hier verwendeten Variante mit 11 Antwortvorgaben die Möglichkeit bietet, sehr differenziert auf den Fragestimulus zu reagieren. Daraus folgt einerseits, daß ein Unterschied von einem Skalenpunkt von geringerer substantieller Bedeutung ist als im Falle der bisher analysierten 4er- oder 5er-Skalen. Andererseits ist im Panel aus rein technischen Gründen mit einem (noch) geringeren Maß von absoluter Stabilität zu rechnen.

Tabelle 9: Links-Rechts-Selbsteinstufung

	ABL			NBL		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002
Mittelwert	5.97	5.57	5.66	5.23	4.94	5.11
Stdabw	1.85	1.97	2.1	1.76	1.9	1.91
Eta		.09			.08	
N	1777	1971	1983	1889	1002	955

11-er Skala von 'ganz links' (1) bis 'ganz rechts' (11)

Anmerkung: Trafo-Querschnitt-Datensatz, gewichtet mit vggges

Tabelle 9 zeigt zunächst die Entwicklung auf der Aggregatebene. In beiden Regionen schwankt der mittlere Skalenwert über die Zeit hinweg leicht. Ein Blick auf die niedrigen Eta-Werte bestätigt aber, daß diese Veränderungen inhaltlich bedeutungslos sind. Zu allen drei Zeitpunkten beträgt die Differenz zwischen ost- und westdeutschem Mittelwert etwa 0.6 Skalenpunkte, d.h. die Ostdeutschen ordnen sich erwartungsgemäß im Mittel etwas weiter links ein als ihre westdeutschen Mitbürger, die sich im Durchschnitt ganz leicht links von der Mitte des politischen Spektrums (6) einstufen.

Tabelle 10: Links-Rechts-Selbsteinstufung

	ABL			NBL		
	1994/ 1998	1998/ 2002	1994- 2002	1994/ 1998	1998/ 2002	1994- 2002
Stabil	22	29	11	27	28	10
Zunahme	36	38	26	30	40	21
Abnahme	42	33	25	44	32	28
Diskontinuität	0	0	38	0	0	42
N	732	1419	479	1066	1297	680

11-er Skala von 'ganz links' (1) bis 'ganz rechts' (11)

Anmerkung: Trafo-Panel-Datensatz, 1994/1998 gewichtet mit bgges, 1998/2002 und 1994-2002 gewichtet mit cgges



Die Ergebnisse für den Panel-Datensatz entsprechen weitgehend dem Muster, daß bereits bei den bislang untersuchten Indikatoren gezeigt hat: Im Vier-Jahres-Vergleich gibt etwa ein (knappes) Drittel der Befragten absolut stabile Antworten; über drei Panelwellen hinweg reduziert sich dieser Wert auf wenig mehr als zehn Prozent. Auch hier ergeben sich für die Stabilität zwischen zwei Panelwellen jedoch deutlich höhere Anteilswerte von 58 bis 63 Prozent, wenn geringfügige Schwankungen von einem Skalenpunkt ebenfalls als stabiles Antwortverhalten betrachtet werden.

#### 4.1.3 Postmaterialismus

Wertorientierungen im Sinne des Postmaterialismus-Konzeptes werden mit einem besonderem Instrument, dem sogenannten Inglehart-Index gemessen. Dieser besteht aus vier<sup>9</sup> Items, die die folgenden politischen Ziele formulieren:

- A „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Lande“
- B „Mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung“
- C „Kampf gegen die steigenden Preise“
- D „Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung“

Die eigentliche Messung besteht darin, daß die Befragten diese vier Ziele in eine Reihenfolge bringen („ranken“) müssen. Hintergrund dafür ist ähnlich wie bei der oben vorgestellten Frage zu den Prinzipien, nach denen eine wünschenswerte Gesellschaft organisiert sein soll, die Überlegung, daß Wertorientierungen dazu dienen, eine Entscheidung zwischen konfligierenden Zielen zu treffen. Entscheidet sich der Befragte hier für die Ziele A und C gilt er als „Materialist“; setzt er hingegen die Ziele B und D an die Spitze, wird er als „Postmaterialist“ eingestuft. Befragte, die je ein materialistisches und ein postmaterialistisches Ziel am höchsten bewerten, werden als „Mischtypen“ bezeichnet (Inglehart 1979: 29). Ist eine noch feinere Differenzierung erwünscht, dann lassen sich bei den Mischtypen zusätzlich Personen, die ein materialistisches Ziel an erste Stelle setzen („Mat-Mix“) von solchen Befragten abgrenzen, die einem postmaterialistischen Ziel den Vorzug geben („Post-Mix“).

Um einer einheitlichen Darstellung willen wurden der vier Wertetypen für die folgenden Analysen Zahlenwerte zugewiesen, so daß sich eine quasi-metrische Skala ergibt. Dabei steht ein Wert von 1 für reine Materialisten, ein Wert von 2 für Mischtypen mit einer materialistischen Erstpräferenz, ein Wert von 3 für Mischtypen, die ein postmaterialistisches Ziel an die erste Stelle setzen und ein Wert von 4 schließlich für reine Postmaterialisten.

Tabelle 11: Postmaterialismus

	ABL			NBL		
	1994	1998	2002	1994	1998	2002
Mittel-	2.39	2.37	2.37	2.14	2.23	2.17

<sup>9</sup> Eine umfangreiche Version des Index, die auf zwölf Items basiert, kommt in der Forschungspraxis so gut wie nie zum Einsatz.

wert						
Stdabw	1.04	1	1.08	.92	.98	1.02
.						
Eta		.03			.05	
N	2026	2214	2147	2058	1100	1044

4-er Skala von 'Materialist' (1) bis 'Postmaterialist' (4)

Anmerkung: Trafo-Querschnitt-Datensatz, gewichtet mit vggges

Wie in Tabelle 11 zu erkennen ist, besteht auch hier erwartungsgemäß ein erkennbarer, wenn auch nicht sehr starker Ost-West-Unterschied, d.h., die Ostdeutschen tendieren etwas stärker zu „materialistischen“ Politikzielen. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland dominieren die Mischtypen, die in beiden Landesteilen etwas mehr als die Hälfte der Befragten ausmachen. Innerhalb dieser Gruppe überwiegen wiederum jene Personen, die eher zum Materialismus neigen. Reine Postmaterialisten gibt es in den neuen Ländern nur wenige (ca. 11 Prozent), während in den alten Ländern knapp 20 Prozent der Befragten in diese Gruppe fallen. Diese Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland bleiben über die Zeit weitgehend stabil, da innerhalb beider Regionen praktisch keine Aggregatveränderungen zu verzeichnen sind.

Auch auf der Individualebene zeigt sich das mittlerweile vertraute Bild: Im Zwei-Wellen-Vergleich sind die gemessenen Wertorientierungen bei jeweils etwas mehr als einem Drittel der Befragten stabil, während sich dieser Anteilswert im Drei-Wellen-Vergleich deutlich reduziert (Tabelle 12).

Tabelle 12: Postmaterialismus

	ABL				NBL	
	1994/ 1998	1998/ 2002	1994- 2002	1994/ 1998	1998/ 2002	1994- 2002
Stabil	38	38	17	34	37	14
Zunahme	35	29	26	34	30	24
Abnahme	27	33	23	31	33	25
Diskontinuität			34			36
N	857	1573	576	1212	1412	785

4-er Skala von 'Materialist' (1) bis 'Postmaterialist' (4)

Anmerkung: Trafo-Panel-Datensatz, 1994/1998 gewichtet mit bggges, 1998/2002 und 1994-2002 gewichtet mit cgges

#### 4.2 Determinanten und Dynamik ausgewählter Wertorientierungen und Einstellungen

Unter den im vorangegangenen Abschnitt analysierten Orientierungen sind drei von besonderem Interesse, weil sich bei ihnen mehr oder minder große Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern zeigen und von ihnen zugleich ein nicht unerheblicher Einfluß auf das politische Verhalten ausgehen dürfte. Dabei handelt es sich

um die Bewertung der sozialistischen Staatsidee, die Links-Rechts-Selbsteinstufung und die postmaterialistischen Wertorientierungen. Zwei weitere Einstellungen – die Vorstellungen zur Rolle des Staates in der Frauen- und in der Arbeitsmarktpolitik – sind aus den gleichen Gründen zwar von mindestens ebenso großem Interesse, müssen hier jedoch unberücksichtigt bleiben, da die entsprechenden Indikatoren nur 1998 im Fragebogen enthalten waren, und Analysen, die über die Ergebnisse von Arzheimer und Klein (2000) hinausgehen, deshalb nicht möglich sind.

Um die Berechnungen einigermaßen übersichtlich zu halten, beschränken sich die Analysen auf die Ergebnisse der dritten Panelwelle. In einem ersten Schritt werden dabei die 2002 gemessenen Einstellungen gegenüber der Idee des Sozialismus untersucht. Daß diese sich in den alten und den neuen Ländern deutlich unterscheiden, ist bereits bekannt. Darüber hinaus sollte nach den in der Einleitung skizzierten Überlegungen die Bewertung des Sozialismus von den individuellen Sozialisationserfahrungen abhängen. Aufgrund der Datenlage können diese nur relativ grob erfaßt werden. Dies geschieht zum einen durch die Kohortenzugehörigkeit. Hierbei wird zwischen drei Gruppen unterschieden: Nach 1970 geborene Bürger haben einen wesentlichen Teil ihrer politischen Erfahrungen im vereinten Deutschland gemacht und sollten sich deshalb systematisch von ihren zwischen 1940 und 1970 geborenen Mitbürgern unterscheiden, die in ihrer Mehrheit ihre formative Phase entweder in Ost- oder in Westdeutschland erlebt haben. Von dieser Gruppe lassen sich wiederum die vor 1940 Geborenen abgrenzen, die unter den Bedingungen der Diktatur, des Krieges und teilweise auch noch der Weimarer Republik und des Kaiserreichs großgeworden sind.<sup>10</sup>

Neben der Kohortenzugehörigkeit ist die formale Bildung ein weiterer wichtiger Indikator für Sozialisationserfahrungen, da im Schulsystem stets nicht nur Wissen, sondern auch Werte vermittelt werden. Dies gilt insbesondere für Personen mit höheren Bildungsabschlüssen. Deshalb wurde in die Modelle eine entsprechende Variable (Abitur ja/nein) aufgenommen. Um spezifische Effekte der Generationszugehörigkeit erfassen zu können, wurden die Modelle außerdem um Interaktionen zwischen der Kohortenzugehörigkeit und der formalen Bildung ergänzt.

Der Einfluß situativer Effekte wird durch die im Datensatz enthaltenen Informationen zur individuellen Arbeitslosigkeit der Befragten modelliert.<sup>11</sup> Weitere Größen wie das persönliche Einkommen oder das Haushaltseinkommen wurden nicht berücksichtigt, da diese stark mit dem Erwerbsstatus, dem Alter, der Bildung und der Region korrelieren. Last not least schließlich beinhalten die Modelle noch das Antwortverhalten aus den beiden vorangegangenen Panelwellen. Durch diese Variablenkonstellation sollte es möglich sein, die relative Bedeutung von Sozialisations- und situativen Effekten zumindest abschätzen zu können.

---

<sup>10</sup> Das Geburtsjahr kann stets nur eine Annäherung an die individuellen Sozialisationserfahrungen darstellen. Schon deshalb ist die Festlegung derartiger Stichjahre stets willkürlich und kritisierbar. Zudem wäre eine feinere Einteilung insbesondere für die jüngste Gruppe wünschenswert, die aber aufgrund der Fallzahlen nicht zu realisieren ist.

<sup>11</sup> Informationen zur Arbeitslosigkeit zum Zeitpunkt der Befragung und während der vier Jahre, die der jeweiligen Befragungswelle vorausgingen, wurden zu diesem Zweck in jeweils einer Variablen zusammengeführt. Personen, die mehr als vier Jahre vor der Befragung aus dem Berufsleben ausgeschieden waren wurde ebenso wie solchen Befragten, die niemals erwerbstätig gewesen waren, der Wert „nicht arbeitslos“ zugewiesen, da ansonsten sehr viele Fälle verlorengewandenen wären.

Tabelle 13: Determinanten der Bewertung des Sozialismus, 2002 (Angaben: Regressionskoeffizienten)

	ABL		NBL	
	b	$\beta$	b	$\beta$
Kohorte 1940-1970	.27	.10	-.56***	-.21
Kohorte 1970-	.25	.07	-.27	-.07
hohe formale Bildung	-.31	-.11	-.24	-.09
Kohorte 1940-1970*hohe formale Bildung	.26	.08	-.01	-.00
Kohorte 1970-*hohe formale Bildung	.65	.17	.24	.52
Arbeitslosigkeit 1994	.30	.07	.12	.05
Arbeitslosigkeit 1998	.20	.04	.07	.04
Arbeitslosigkeit 2002	.33	.06	.53**	.14
Befürwortung Sozialismus 1998	.28***	.27	.38***	.36
Befürwortung Sozialismus 1994	.15*	.16	.20***	.20
Konstante	1.27***		1.75***	
Korr. R2	.13		.25	
N	402		577	

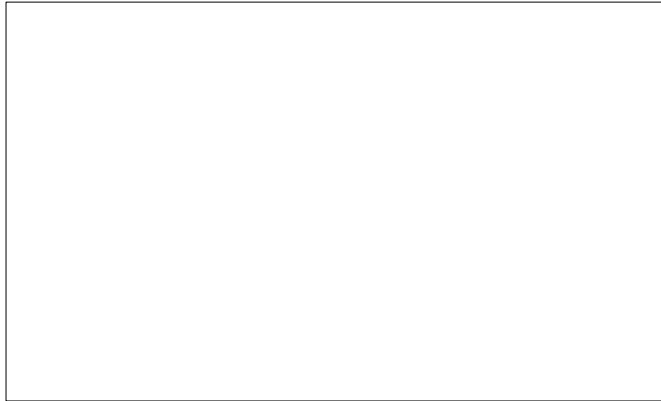
Operationalisierung siehe oben

Anmerkung: Trafo-Panel-Datensatz; gewichtet mit egges; Signifikanzniveaus: \*  $p < 0.05$ ; \*\*  $p < 0.01$ ; \*\*\*  $p < 0.001$ ; n.s. nicht signifikant; b = unstandardisierte Regressionskoeffizienten; Sdf = Standardfehler

Tabelle 13 zeigt die Einflüsse der genannten Variablen auf die 2002 gemessene Befürwortung des Sozialismus. In der vorletzten und der letzten Zeile sind die Effekte der beiden vorangegangenen Messungen eingetragen. Diese sind signifikant von null verschieden und erwartungsgemäß positiv. Allerdings scheinen die Zusammenhänge relativ schwach zu sein. Betrachtet man nur die Konstante und die beiden Panel-Koeffizienten, so läßt sich durch Einsetzen rasch feststellen, daß bei Befragten, die den Sozialismus in der Vergangenheit ablehnten, eine schwache Tendenz zur Befürwortung dieser Idee zu erkennen ist. Da gleiche gilt bei umgekehrten Vorzeichen für frühere Anhänger des Sozialismus. Bei dieser Tendenz handelt es sich aber um einen typischen Fall der sogenannten „Regression zur Mitte“, die immer dann zu beobachten ist, wenn zwischen zwei Variablen ein linearer, aber nicht perfekter Zusammenhang besteht.

Unter den übrigen in der Tabelle ausgewiesenen Koeffizienten sind nur einige wenige signifikant von null verschieden. Allerdings stellt sich bei näherer Betrachtung der Tabelle die Frage, ob die Effekte der unabhängigen Variablen nicht stärker sind, als es hier den Anschein hat, da diese vermutlich in ähnlicher Weise das Antwortverhalten in den beiden vorangegangenen Wellen beeinflußt haben dürften und die in Tabelle 13 ausgewiesenen Koeffizienten lediglich jene Effekte auf das Antwortverhalten in der jüngsten Befragung widerspiegeln, die sich zeigen, wenn das frühere Antwortverhalten konstant gehalten wird. Deshalb wurde in einem zweiten Analyseschritt ein differenzierteres Modell zur Erklärung des Antwortverhaltens im Panel geschätzt, das in Abbildung 1 graphisch dargestellt wird.

Abbildung 1: Einstellungen im Panel



Dieses geht davon aus, daß die die unabhängigen Variablen bzw. deren Interaktion das Antwortverhalten zu allen drei Befragungszeitpunkten in ähnlicher, aber nicht notwendigerweise identischer Weise bestimmen. Die Pfade, die die 1998 bzw. 2002 gemessenen Werte mit der jeweils unmittelbar vorangegangenen Befragungswelle verbinden, stehen für das Fortwirken weiterer Einflüsse. Da sich dieses Modell erheblich von den übrigen Analysen unterscheidet, die in diesem Band präsentiert werden, beschränke ich mich im folgenden auf die Diskussion der Ergebnisse. Die Koeffizienten selbst werden in separaten Tabellen (14-16) im Anhang präsentiert.

Abbildung 2 zeigt die Ergebnisse dieser zweiten Modellschätzung für die Bewertung des Sozialismus in kompakter Form. Für jedes Befragungsjahr ist die auf Grundlage des Modells geschätzte mittlere Position von sechs Gruppen (drei Kohorten in zwei Regionen) eingetragen. Innerhalb dieser Gruppen wird außerdem zwischen den Befragten ohne (Markierung links der Jahreszahl) und mit (Markierung rechts der Jahreszahl) höheren Bildungsabschlüssen unterschieden. Dabei wird jeweils angenommen, daß die Befragten weder zum Zeitpunkt der aktuellen noch während der früheren Befragungen arbeitslos waren.

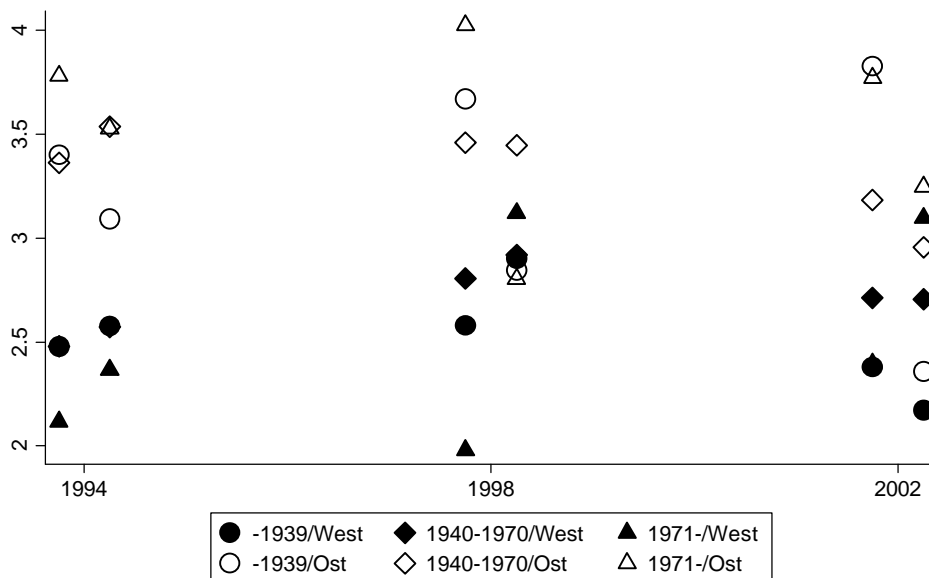
Aus der Abbildung geht zunächst hervor, daß die vor 1940 geborenen ostdeutschen Befragten ohne hohe formale Bildung, für deren Position jeweils die linke der leeren kreisförmige Markierungen steht, die Idee des Sozialismus im Mittel um rund einen Skalenpunkt positiver bewerten als ihre westdeutschen Mitbürger (linke gefüllte kreisförmige Markierung). Dieser Abstand bleibt über den ganzen Untersuchungszeitraum hinweg konstant. Die Gruppe der zwischen 1940 und 1970 geborenen Westdeutschen ohne höhere Bildung unterscheidet sich zu keinem Zeitpunkt signifikant von ihren älteren westdeutschen Mitbürgern. Bei den ostdeutschen Angehörigen dieser Kohorte ist aber interessanterweise seit 1998 eine Annäherung an die Werte der (vergleichsweise prosozialistisch eingestellten) westdeutschen Kohorte zu erkennen. Besonders deutlich zeigt sich dies im Jahr 2002. Insgesamt gesehen, ist die Regionszugehörigkeit aber von größerer Bedeutung als etwaige Kohorteneffekte, was in der Grafik daran zu erkennen ist, daß die weißen (Ostdeutschland) bzw. schwarzen (Westdeutschland) Markierungen jeweils relativ dicht beieinander liegen.

Höhere formale Bildung führt zu einer leichten Modifikation der Zusammenhänge, verändert das Bild aber nicht grundsätzlich. Auch hier sind die ostdeutschen Befragten zunächst prosozialistischer eingestellt als ihre westdeutschen Mitbürger. Auffällig ist jedoch das Abrücken von der Idee des Sozialismus unter den hochgebildeten Ostdeutschen, das seit 1998 zu verzeichnen ist und auch die älteren Jahrgänge betrifft (ganz rechts unten in der Abbildung).

Gegenwärtige oder vergangene Arbeitslosigkeit hat weder im Osten noch im Westen Deutschlands einen signifikanten Einfluß auf die Bewertung des Sozialismus, auf eine gesonderte Abbildung kann deshalb verzichtet werden. Nur im Jahr 2002 erhöht die aktuelle Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland die Zustimmung zum Sozialismus signifikant um ca. einen halben Skalenpunkt ( $p=0.01$ , vgl. Tabelle 14 im Anhang).

Zuletzt schließlich ist festzuhalten, daß das Antwortverhalten in der jeweils vorangegangenen Panelwelle einen signifikanten und in Anbetracht der Skalierung auch durchaus substantiellen Einfluß auf das gegenwärtige Antwortverhalten hat. Dies deutet darauf hin, daß die Beantwortung des Items von weiteren Faktoren beeinflusst wird, die auf der Individualebene relativ konstant sind, aber von den hier verwendeten unabhängigen Variablen nicht erfaßt werden.

Abbildung 2: Erwartete Befürwortung der Idee des Sozialismus in verschiedenen Befragtengruppen 1994-2002



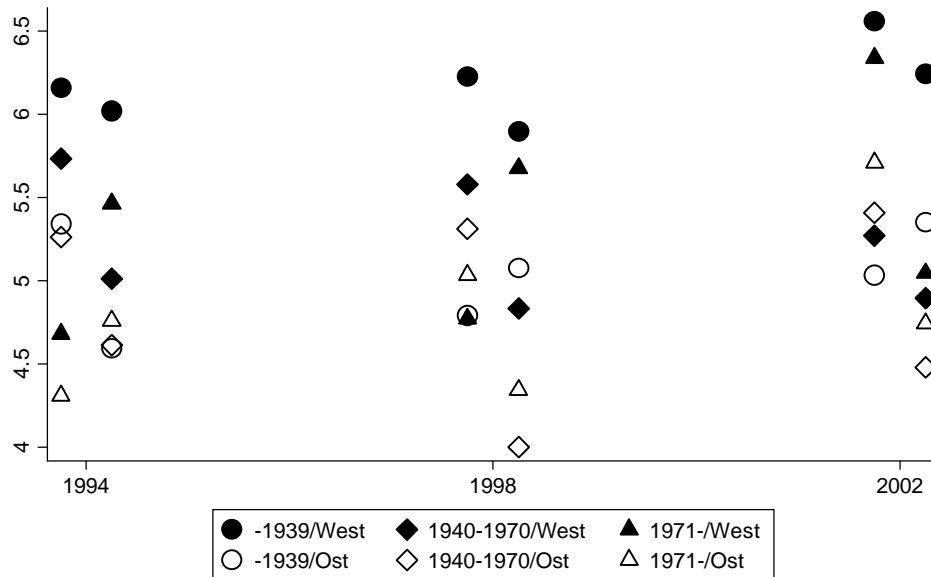
Lesehilfe: Für nicht-arbeitslose westdeutsche Befragte, die nach 1970 geboren wurden und keinen höheren Bildungsabschluß besitzen, war 1994 eine mittlere Zustimmung von 2.1 Punkten zur Idee des Sozialismus zu erwarten (gefüllte dreieckige Markierung ganz links unten). In der Gruppe der nicht-arbeitslosen westdeutsche Befragte, die nach 1970 geboren wurden und das Abitur besitzen, war im selben Jahr die erwartete Zustimmung mit 2.4 Punkten etwas höher (zweite gefüllte dreieckige Markierung von links).

Faßt man das Ergebnis der Analysen zusammen, so ist erstens festzuhalten, daß kein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Position in der Generationenfolge und der Befürwortung des Sozialismus besteht. Vielmehr zeigen sich in allen Altersgruppen deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. Auffällig ist aber die partielle Annäherung zwischen Ost und West in der mittleren Kohorte und generell bei den Bürgern mit höherer formaler Bildung. Zweitens ist die individuelle Arbeitslosigkeit, also der situative Faktor, der in der politischen Diskussion am häufigsten genannt wird, offenbar *nicht* für die nach wie vor relativ große Zustimmung zum Sozialismus in den neuen Bundesländern verantwortlich. Dies schließt nicht aus, daß andere situative Faktoren eine wichtige Rolle spielen, zumal sich in der Forschung zum sogenannten „economic voting“ häufig gezeigt hat, daß die Bürger sich bei politischen Urteilen oft nicht an ihrer individuellen Lage, sondern am wahrgenommenen Zustand des Gemeinwesens orientieren. Solche kollektiven situativen Faktoren lassen sich jedoch empirisch nicht von den Regionaleffekten trennen, die häufig und durchaus plausibel als Folge unterschiedlicher Sozialisationsbedingungen interpretiert werden.

Ein im Grunde ähnliches Bild ergibt sich für die Links-Rechts-Selbsteinstufung. Auch hier ist kein signifikanter Einfluß der gegenwärtigen oder vergangenen Arbeitslosigkeit auf die politische Einstellung zu erkennen. Für die westdeutschen Befragten ergibt sich dies unmittelbar aus den Koeffizienten der Haupteffekte; für Bürger aus Ostdeutschland durch Addition von Haupt- und Interaktionseffekten in Tabelle 15 im Anhang. Dies gilt selbst dann, wenn indirekte Effekte vergangener Arbeitslosigkeit, die über die 1994 bzw. 1998 geäußerten Einstellungen vermittelt sind, berücksichtigt werden.

Die in Abbildung 3 eingetragenen Werte wurden deshalb wiederum für Personen berechnet, die nicht von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Das Muster, das sich dabei zeigt, entspricht weitgehend dem, was nach der Sozialisationshypothese zu erwarten wäre: Ein starker und dauerhafter Regionaleffekt zeigt sich vor allem in der Kohorte der vor 1940 geborenen Personen, deren jeweilige Position als kreisförmige Markierungen in die Abbildung eingetragen sind. Sowohl bei den höher als auch bei den niedriger gebildeten Befragten sind hier die ostdeutschen Befragten stets deutlicher linker eingestellt als ihrer westdeutschen Mitbürger aus der gleichen Altersgruppe. In der mittleren Altersgruppe sind wiederum über den Untersuchungszeitraum hinweg Anzeichen für eine Annäherung zu erkennen, in der jüngsten Kohorte schließlich fluktuieren die Einstellungen relativ stark, was aber auch der geringen Gruppengröße geschuldet sein dürfte. Bemerkenswert ist hier außerdem der Effekt der formalen Bildung, die häufig mit deutlich linkeren Einstellungen assoziiert ist.

Abbildung 3: Erwartete Links-Rechts-Selbsteinstufung in verschiedenen Befragten-  
gruppen 1994-2002



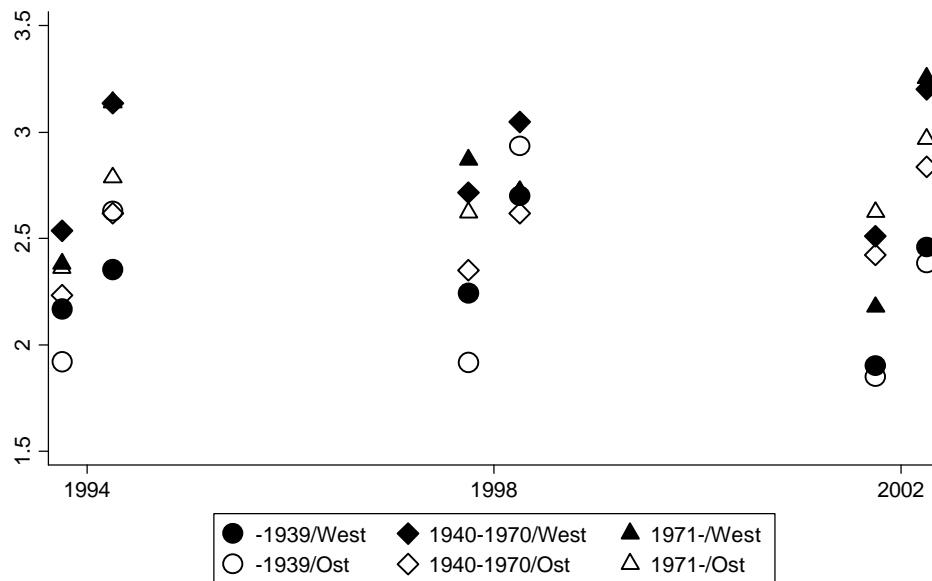
Lesehilfe: Für nicht-arbeitslose ostdeutsche Befragte, die nach 1970 geboren wurden und keinen höheren Bildungsabschluß besitzen, war 1994 eine mittlere Links-Rechts-Selbsteinstufung von 4.3 Punkten zu erwarten (leere dreieckige Markierung ganz links unten). In der Gruppe der nicht-arbeitslose ostdeutschen Befragte, die nach 1970 geboren wurden und das Abitur besitzen, war im selben Jahr eine erkennbar weiter rechte Selbsteinstufung von 4.8 Punkten zu erwarten (zweite leere dreieckige Markierung von links).

Last not least wurde schließlich auch für die postmaterialistischen Wertorientierungen ein Panel-Modell geschätzt. Wiederum hat die Arbeitslosigkeit weder im Osten noch im Westen Deutschlands einen signifikanten Einfluß auf die gemessenen Orientierungen (vgl. Tabelle 16 im Anhang), so daß es genügt, die Ergebnisse für nicht-arbeitslose Bürger graphisch darzustellen. Ansonsten entspricht das Muster im wesentlichen den Erwartungen, die sich aus Ingleharts Theorie und den Ergebnissen der empirischen Werteforschung ableiten lassen. Generell neigen die ostdeutschen Befragten etwas stärker zum Materialismus als ihre westdeutschen Mitbürger; diese Differenz ist aber nicht in allen Befragtengruppen im statistischen Sinne signifikant.

Hohe formale Bildung begünstigt offensichtlich in beiden Landesteilen die Herausbildung postmaterialistischer Orientierungen: Ein Vergleich der Einträge zeigt, daß sich in allen Gruppen die erwarteten Werte für hoch- bzw. niedriggebildete Bürger um rund einen halben Skalenpunkt unterscheiden. Zudem zeigt sich in Übereinstimmung mit Ingleharts Annahmen, daß die während und vor dem zweiten Weltkrieg geborenen Bürger insgesamt stärker zum Materialismus neigen als die Angehörigen der jüngeren Kohorten. Dementsprechend äußern die vor 1940 geborenen Ostdeutschen mit niedriger formaler Bildung zu allen Befragungszeitpunkten die am stärksten materialistischen Politikpräferenzen, während die jüngeren hochgebildeten Kohorten aus dem Westen der Republik am stärksten zu den postmaterialistischen Zielen tendieren.



Abbildung 4: Erwartete Werte für den Inglehart-Index in verschiedenen Befragten-  
gruppen 1994-2002



Lesehilfe: Für nicht-arbeitslose ostdeutsche Befragte, die bis 1939 geboren wurden und keinen höheren Bildungsabschluß besitzen, war 1994 eine mittlere Einstufung im Bereich von 1.9 Punkten (leere kreisförmige Markierung ganz links unten) zu erwarten. In der Gruppe der gleichaltrigen westdeutschen Befragten mit Abitur wurde im selben Jahr ein deutlich weniger materialistischer Wert von 2.4 Punkten (zweite gefüllte kreisförmige Markierung von links) erwartet.

## 5. Fazit

Ziel dieses Beitrages war es, unter besonderer Berücksichtigung der Ost-West-Perspektive einen Überblick über die Entwicklung der Einstellungen gegenüber Werten, Staatszielen und Ideologien zu geben. Erwartungsgemäß sind diese zentralen Orientierungen auf der Makro- wie auf der Mikro-Ebene relativ stabil. Ost-West-Unterschiede, die sich Mitte der 1990er Jahre nachweisen ließen, bestehen zu einem großen Teil auch heute noch. Ob diese Unterschiede primär auf die unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen der Bürger vor dem Fall der Mauer zurückgehen oder auch auf die Unterschiede in den Lebensbedingungen zurückzuführen sind, die zwischen beiden Regionen nach wie vor bestehen, ist mit den vorhandenen Daten nicht abschließend zu klären. Detailliertere Analysen von Paneldaten zu drei zentralen Orientierungen – der Bewertung der sozialistischen Staatsidee, der Links-Rechts-Selbsteinstufung und der Inglehart-Skala – zeigen aber, daß die Sozialisation nach wie vor eine wichtige Rolle zu spielen scheint. Die individuelle Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit, die in der politischen und wirtschaftlichen Diskussion oft als der zentrale situative Einfluß auf die politischen Einstellungen betrachtet wird, hat hingegen *keinen* signifikanten Effekt auf die Ausprägung dieser Orientierungen.

Dies läßt bei aller gebotenen Vorsicht den Schluß zu, daß in diesem Bereich mittelfristig selbst dann, wenn sich die wirtschaftliche Lage im Osten Deutschlands nachhaltig bessern sollte, mit dem Fortbestehen einer politischen Regionalkultur zu rechnen ist.

## 6 Literatur

- Almond, Gabriel [A.] Powell/G. Bingham 1996: Political Culture and Political Socialization. In: Gabriel [A.] Almond/G. Bingham Powell (Hrsg.) 1996: Comparative Politics Today. A World View. New York: Harper Collins, 36-51.
- Arzheimer, Kai/Klein, Markus 1997: Die friedliche und die stille Revolution. Der Wandel gesellschaftspolitischer Wertorientierungen in Deutschland seit dem Beitritt der fünf neuen Länder. In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.) 1997: Politische Einstellungen und politisches Verhalten im Transformationsprozeß. Opladen: Leske und Budrich, 37-57.
- Arzheimer, Kai/Klein, Markus 2000: Gesellschaftspolitische Wertorientierungen und Staatszielvorstellungen im Ost-West-Vergleich. In: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger (Hrsg.) 2000: Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Opladen: Leske und Budrich, 363-402.
- Bauer, Petra 1991a: Freiheit und Demokratie in der Wahrnehmung der Bürger in der Bundesrepublik und der ehemaligen DDR. In: Rudolf Wildenmann (Hrsg.) 1991: Nation und Demokratie. Politisch-strukturelle Gestaltungsprobleme im neuen Deutschland. Baden-Baden: Nomos, 99-124.
- Bauer, Petra 1991b: Politische Orientierungen im Übergang. Eine Analyse politischer Einstellungen der Bürger in West- und Ostdeutschland 1990/1991 In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 43, 433-453.
- Bouvier, Beatrix 2002: Die DDR - ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.
- Brody, Richard/Mutz, Diana/Snideman, Paul (Hrsg.) 1996: Political Persuasion and Attitude Change. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus/Ruß, Achim 1994: Dimensionen des Wertewandels. Eine empirische Längsschnittanalyse zur Dimensionalität und der Wandlungsdynamik gesellschaftlicher Wertorientierungen. In: Politische Vierteljahresschrift 35, 579-606.
- Bürklin, Wilhelm/Klein, Markus/Ruß, Achim 1996: Postmaterieller oder anthropozentrischer Wertewandel? Eine Erwiderung auf Ronald Inglehart und Hans-Dieter Klingemann. In: Politische Vierteljahresschrift 37, 517-536.
- Conradt, David P. 1980: Changing German Political Culture. In: Gabriel A. Almond/Sidney Verba (Hrsg.) 1980: The Civic Culture Revisited. Boston: Toronto, Little, Brown and Company, 212-272.
- Converse, Philip E. 1964: The Nature of Belief Systems in Mass Publics. In: David E. Apter (Hrsg.) 1964: Ideology and Discontent. New York: Free Press, 206-261.
- Downs, Anthony 1957: An Economic Theory of Democracy. New York: Harper
- Flanagan, Scott C. 1982: Changing Values in Advanced Industrial Societies. Inglehart's Silent Revolution from the Perspective of Japanese Findings. In: Comparative Political Studies 14, 403-444.
- Freedon, M.[ichael] 2001: Ideology: Political Aspects. In: Neil J. Smelser/Paul B. Baltes (Hrsg.): International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences. Vol. 11. Amsterdam u.a.: Elsevier, 7174-7177.
- Gensicke, Thomas 1992a: Mentalitätsentwicklungen im Osten Deutschlands seit den 70er Jahren. Vorstellung und Erläuterung von Ergebnissen einiger empirischer Untersuchun-

„Freiheit oder Sozialismus“ ? Gesellschaftliche Wertorientierungen,  
Staatszielvorstellungen und Ideologien im Ost-West-Vergleich. 27

- gen in der DDR und in den neuen Bundesländern von 1977-1991. Speyer: Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung (=Speyrer Forschungsberichte Nr.109).
- Gensicke, Thomas 1992b: Werte und Wertewandel im Osten Deutschlands. In: Helmut Klages/Hans-Jürgen Hippler/Willi Herbert (Hrsg.) 1992: Werte und Wandel. Ergebnisse einer Forschungstradition. Frankfurt/Main; New York: Campus, 672-694.
- Gluchowski, Peter/Zelle, Carsten 1992: Demokratisierung in Ostdeutschland. Aspekte der politischen Kultur in der Periode des Systemwechsels. In: Peter Gerlich/Fritz Plasser/Peter A. Ulram (Hrsg.) 1992: Regimewechsel. Demokratisierung und politische Kultur in Ost-Mitteleuropa. Wien; Köln; Graz: Böhlau, S.231-274.
- Huseby, Beate M. 1995: Attitudes towards the Size of Government. In: Ole Borre/Elinor Scarbrough (Hrsg.) 1995: The Scope of Government. Oxford u.a.: Oxford University Press, 87-118.
- Inglehart, Ronald 1971: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Postindustrial Societies. In: American Political Science Review 65, 991-1017.
- Inglehart, Ronald 1977: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics. Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald 1997: Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Jagodzinski, Wolfgang/Kühnel, Steffen 1997: Werte, Ideologien und Wahlverhalten. In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.) 1997: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland. Opladen: Leske und Budrich, 449-472.
- Kaase, Max 1986: Das Mikro-Makro-Puzzle der empirischen Sozialforschung. Anmerkungen zum Problem der Aggregatstabilität bei individueller Instabilität in Panelbefragungen In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38, 209-222.
- Kitschelt, Herbert 1994: The Transformation of European Social Democracy. Cambridge: Cambridge University Press.
- Klages, Helmut/Gensicke, Thomas 1992: Wertewandel in den neuen Bundesländern. Fakten und Deutungsmodelle. In: Wolfgang Glatzer/Heinz-Herbert Noll (Hrsg.) 1992: Lebensverhältnisse in Deutschland: Ungleichheit und Angleichung. Frankfurt/Main; New York: Campus, 301-326.
- Klages, Helmut/Gensicke, Thomas 1993: Geteilte Werte? Ein deutscher Ost-West Vergleich. In: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Deutschland. Eine Nation - doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 47-59.
- Kluckhohn, Clyde 1951: Values and Value Orientations in the Theory of Action. An Exploration in Definition and Classification. In: Talcott Parsons/Edward A. Shils (Hrsg.) 1951: Toward a General Theory of Action. Cambridge: Harvard University Press, 388-433.
- Koopmans, Ruud 1995. Democracy from Below. New Social Movements and the Political System in West Germany. Boulder, San Francisco, Oxford: Westview.
- Kuklinski, James H./Luskin, Robert C./Bolland, John 1991: Where is the Schema? Going Beyond the "S" Word in Political Psychology. In: The American Political Science Review 85, 1341-1356.
- Lautmann, Rüdiger 1969: Wert und Norm. Begriffsanalysen für die Soziologie. Köln, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Maag, Gisela 1991: Gesellschaftliche Werte. Strukturen, Stabilität und Funktion. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Manz, Günter 2001: Einkommens- und Subventionspolitik. In: Günter Manz/Ekkehard Sasse/Gunnar Winkler (Hrsg.) 2001: Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit. Berlin: trafo, 179-198.
- Meulemann, Heiner 2002: Werte und Wertewandel im vereinten Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 52(B37-38), 13-22.

- Pollack, Detlef/Pickel, Gert 1998: Die ostdeutsche Identität - Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? In *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 48(B41-42), 9-23.
- Roller, Edeltraud 1997: Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung. In: Oscar W. Gabriel (Hrsg.) 1997: *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske und Budrich, 115-146
- Sachse, Ekkehard 2001: Ein Beschäftigungssystem auf der Grundlage des Rechts auf Arbeit. In: Günter Manz/Ekkehard Sachse/Gunnar Winkler (Hrsg.) 2001: *Sozialpolitik in der DDR - Ziele und Wirklichkeit*. Berlin: trafo, 163-178.
- Sapiro, Virginia 2004: Not Your Parents' Political Socialization: Introduction for a New Generation. In *Annual Review of Political Science* 7, 1-23.
- Sartori, Giovanni 1997: *Demokratietheorie*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schmitt, Manfred G. 2004: *Sozialpolitik in der DDR*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Statistisches Bundesamt 1992: *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1992*. Wiesbaden: Metzler-Poeschel
- Statistisches Bundesamt 2002: *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 2002*. Wiesbaden: Metzler-Poeschel
- Thompson, J.[ohn] B. 2001: Ideology: History of the Concept. In: Neil J. Smelser/Paul B. Baltes (Hrsg.) 2001: *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*. Vol. 11. Amsterdam u.a.: Elsevier, 7170-7174.
- van Deth, Jan 1995: Introduction: The Impact of Values. In: Jan van Deth/Elinor Scarbrough (Hrsg.) 1995: *The Impact of Values*. Oxford u.a.: Oxford University Press, 1-18.
- van Deth, Jan und Elinor Scarbrough 1995: The Concept of Values. In: Jan van Deth/Elinor Scarbrough (Hrsg.) 1995: *The Impact of Values*. Oxford u.a.: Oxford University Press, 21-47.
- Warwick, Paul V. 2002: Toward a Common Dimensionality in West European Policy Spaces. In: *Party Politics* 8, 101-122.
- Westle, Bettina 1994: Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46, 571-596.
- Wolle, Stefan 1998: *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989*. Berlin: Ch. Links Verlag.
- Zaller, John R. 1992: *The Nature and Origin of Mass Opinion*. Cambridge, New York, Oakleigh: Cambridge University Press.

## 7. Anhang

Tabelle 14: Bewertung des Sozialismus im Panel (Angaben: Regressionskoeffizienten)

	2002		1998		1994	
	b	Sdf	b	Sdf	b	Sdf
Wert t-1	0.38***	0.04	0.19***	0.04		
NBL	1.03***	0.24	0.91***	0.22	0.92***	0.26
Kohorte 1940-1970	0.25	0.23	0.23	0.20	-0.00	0.25
Kohorte 1970-	0.25	0.50	-0.53	0.42	-0.36	0.58
NBL*Kohorte 1940-1970	-0.81**	0.29	-0.43	0.27	-0.04	0.32
NBL*Kohorte 1970-	-0.44	0.60	0.82	0.49	0.74	0.66
Hohe formale Bildung	-0.33	0.35	0.31	0.28	0.10	0.37
NBL*hohe formale Bildung	0.21	0.40	-0.16	0.36	0.52	0.42
Kohorte 1940-1970*hohe formale Bildung	0.28	0.40	-0.21	0.34	-0.00	0.42
Kohorte 1970-*hohe formale Bildung	0.59	0.64	0.79	0.56	0.16	0.73
NBL*Kohorte 1940-1970*hohe formale Bildung	-0.38	0.48	0.02	0.44	-0.44	0.51
NBL*Kohorte 1970-*hohe formale Bildung	-0.53	0.81	-2.11**	0.74	-1.02	0.87
Arbeitslosigkeit 1994	0.38	0.28	-0.36	0.31	0.30	0.32
NBL*Arbeitslosigkeit 1994	-0.19	0.31	0.45	0.34	0.07	0.36
Arbeitslosigkeit 1998	0.13	0.40	0.41	0.40		
NBL*Arbeitslosigkeit 1998	-0.07	0.47	-0.01	0.43		
Arbeitslosigkeit 2002	0.36	0.34				
NBL*Arbeitslosigkeit 2002	0.15	0.40				
Konstante	1.39***	0.22	2.11***	0.19	2.48***	0.22
Korr. R2	.25		.20		.16	

Operationalisierung siehe oben

Anmerkung: Trafo-Panel-Datensatz; gewichtet mit cgges; Signifikanzniveaus: \* p < 0.05; \*\* p < 0.01; \*\*\* p < 0.001; n.s. nicht signifikant; b = unstandardisierte Regressionskoeffizienten; Sdf = Standardfehler

Tabelle 15: Links-Rechts-Selbsteinstufung im Panel (Angaben: Regressionskoeffizienten)

	2002		1998		1994	
	b	Sdf	b	Sdf	b	Sdf
Wert t-1	0.51***	0.04	0.36***	0.05		
NBL	-0.79*	0.34	-1.14**	0.39	-0.82*	0.36
Kohorte 1940-1970	-0.96**	0.35	-0.49	0.37	-0.42	0.35
Kohorte 1970-	0.53	0.63	-0.92	0.59	-1.48***	0.44
NBL*Kohorte 1940-1970	1.07*	0.43	1.04*	0.44	0.35	0.45
NBL*Kohorte 1970-	0.03	0.81	1.54	0.89	0.45	0.86
hohe formale Bildung	-0.15	0.50	-0.28	0.49	-0.14	0.44
NBL*hohe formale Bildung	-0.47	0.59	-0.30	0.57	-1.43**	0.53
Kohorte 1940-1970*hohe formale Bildung	0.15	0.58	-0.21	0.54	-0.58	0.51
Kohorte 1970-*hohe formale Bildung	-1.61*	0.82	0.91	0.74	0.92	0.67
NBL*Kohorte 1940-1970*hohe formale Bildung	0.20	0.71	-0.28	0.65	1.50*	0.66
NBL*Kohorte 1970-*hohe formale Bildung	1.62	1.13	-1.17	1.24	1.09	1.09
Arbeitslosigkeit 1994	0.85	0.49	-0.35	0.34	-0.39	0.47
NBL*Arbeitslosigkeit 1994	-1.22*	0.53	0.01	0.41	0.44	0.54
Arbeitslosigkeit 1998	-0.20	0.38	-0.19	0.25		
NBL*Arbeitslosigkeit 1998	-0.01	0.44	-0.01	0.34		
Arbeitslosigkeit 2002	-0.11	0.67				
NBL*Arbeitslosigkeit 2002	-0.04	0.72				
Konstante	3.38***	0.41	4.01***	0.44	6.16***	0.31
Korr. R2	.31		.26		.09	

Operationalisierung siehe oben

Anmerkung: Trafo-Panel-Datensatz; gewichtet mit cgges; Signifikanzniveaus: \*  $p < 0.05$ ; \*\*  $p < 0.01$ ; \*\*\*  $p < 0.001$ ; n.s. nicht signifikant; b = unstandardisierte Regressionskoeffizienten; Sdf = Standardfehler

Tabelle 16: Inglehart-Index im Panel (Angaben: Regressionskoeffizienten)

	2002		1998		1994	
	b	Sdf	b	Sdf	b	Sdf
Wert t-1	0.29***	0.04	0.21***	0.04		
NBL	0.05	0.16	-0.28*	0.14	-0.25	0.17
Kohorte 1940-1970	0.47**	0.15	0.40**	0.15	0.37*	0.18
Kohorte 1970-	0.09	0.31	0.58	0.34	0.21	0.30
NBL*Kohorte 1940-1970	-0.03	0.21	-0.03	0.19	-0.05	0.20
NBL*Kohorte 1970-	0.47	0.39	0.03	0.46	0.23	0.43
hohe formale Bildung	0.42*	0.21	0.42	0.25	0.19	0.28
NBL*hohe formale Bildung	-0.15	0.26	0.18	0.32	0.27	0.32
Kohorte 1940-1970*hohe formale Bildung	0.17	0.25	-0.21	0.28	0.41	0.32
Kohorte 1970-*hohe formale Bildung	0.69	0.39	-0.72	0.47	0.57	0.43
NBL*Kohorte 1940-1970*hohe formale Bildung	-0.11	0.33	-0.20	0.38	-0.49	0.38
NBL*Kohorte 1970-*hohe formale Bildung	-0.66	0.65	0.14	0.62	-0.61	0.72
Arbeitslosigkeit 1994	-0.19	0.20	-0.04	0.21	0.01	0.23
NBL*Arbeitslosigkeit 1994	-0.05	0.23	-0.17	0.25	-0.01	0.25
Arbeitslosigkeit 1998	0.02	0.28	0.21	0.23		
NBL*Arbeitslosigkeit 1998	0.01	0.36	0.24	0.29		
Arbeitslosigkeit 2002	0.36	0.22				
NBL*Arbeitslosigkeit 2002	-0.53	0.30				
Konstante	1.24***	0.16	1.80***	0.13	2.17***	0.15
Korr. R2	.23		.14		.11	

Operationalisierung siehe oben

Anmerkung: Trafo-Panel-Datensatz; gewichtet mit cgges; Signifikanzniveaus: \* p < 0.05; \*\* p < 0.01; \*\*\* p < 0.001; n.s. nicht signifikant; b = unstandardisierte Regressionskoeffizienten; Sdf = Standardfehler